

mangel auf den Winter rüstete, davon legen die schon seit längerer Zeit anhaltenden, jetzt aber mit größerem Nachdruck durchgeführten Holzzufuhren aus den benachbarten Wäldern Zeugnis ab. Mit Hoder und Paden, mit Wagen und Wägelchen schafft man herein, was man vermag. Mit Reifstangen zieht man aus und holt von den Bäumen herab, was dürr und abgestorben ist. Vom Waldboden schafft man die Tangeln fort, um sie als Streu oder Brennmaterial zu verwenden. Das Wurzelwerk selbst auf älteren Holzschlägen gräbt man aus, um es zu Heizzwecken nach den Wohnungen in die Stadt zu bringen. Alles deutet darauf hin, daß man den Ernst der Lage erkennt und mit den Gefahren eines schweren Winters rechnet. Möchten die tatsächlichen Verhältnisse günstiger sich gestalten, als der vorschauende Blick sie zur Zeit erkennen läßt.

— (Ein sächsisches Einheitsbrot?) Wie aus Dresden gemeldet wird, schweben zurzeit an den maßgebenden Stellen Verhandlungen über Einführung eines Einheitsbrotes in Sachsen, das etwa zu 75 Prozent aus gemahlen sein soll.

— (Gelöste und nicht benutzte Eisenbahnfahrkarten), Bettkarten und Bettbescheinigungen dürfen an den Eisenbahnschaltern nur an dem Tage, an dem sie gelöst worden sind, zurückgenommen werden. Bei Fahrgelderstattungen aus Billigkeitsgründen werden 20 Prozent des Fahrgeldbetrages, mindestens aber 50 Goldpfennige, für jede Karte als Verwaltungslosten einbehalten.

— (Teilweise Ermäßigung der Reichsbahn-Tarife.) Am 1. Dezember werden die Einheitspreise für die zweite und erste Wagenklasse im Reichsbahnverkehr von 9,9 und 19,8 Pfennig auf 6,6 und 13,2 Pfennig für 1 Kilometer herabgesetzt. In gleicher Weise werden auch die Schnellzugzuschläge in der zweiten und ersten Klasse ermäßigt. Das Spannungsverhältnis der einzelnen Klassen, das heute 1 : 1 1/2 : 1 : 4,8 und 1 : 9,7 beträgt, wird dann 1 : 1 1/2 : 3 : 6. Vom 20. November d. J. ab wird der Gepäcktarif der Reichsbahn dahin ermäßigt, daß nach dem um 30 Prozent erhöhten Gülttarif berechnet wird. Als Mindestkraft werden 20 Pfennig erhoben.

Dresden, 13. November. (Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus.) Dem Teunion-Sachendienst wird geschrieben: Geht man heute durch die Straßen der Stadt und durch die Hallen der Kaufhäuser, so wird man erstaunt belassen müssen, daß unsere Geschäftsleute sich außerordentlich rasch der Goldmark, die ja eigentlich noch garnicht vorhanden ist, zugewendet haben. Die Fixigkeit, mit der das geschieht ist, muß doch eintgermaßen stufig machen und die Aufklärung geben die angebrachten Schilder mit der Ankündigung, daß bei Bezahlung mit wertbeständigem Gelde ein Rabatt von 10 % gewährt wird. Wer hat nun von dieser Manipulation den Nutzen? Doch derjenige, der zuerst in den Besitz von wertbeständigem Geld gelangt ist und damit seine Bedürfnisse eindenken kann. Der Angestellte und Arbeiter, der auf das wertbeständige Geld auch heute noch wartet, muß nicht nur Kleidungsstücke usw., sondern auch die nötigsten Lebensmittel um 10 % teurer bezahlen, als der andere, der so glücklich ist, schon heute wertbeständiges Geld sein eigen zu nennen. Die Geschäftsleute der Konfektions-, Textil- und Wäschebranche sind noch radikalere vorgegangen, sie verkaufen nur gegen wertbeständiges Geld. Die Verrechnung der Goldmark erfolgt aber nicht etwa zu dem täglich festgesetzten Kurse des Dollars, sondern die Geschäftsleute fordern einen erheblichen Aufschlag, „um sich vor unvermeidlichen Verlusten zu schützen.“ Ausländische Valuta wird nach dem Stande der Tschechenkrone berechnet, die jetzt mit 12 1/2 Goldpfennig bewertet wird. Wo bleibt das Eingreifen der Behörden gegen eine solche beispiellose Ausbeutung des kaufenden Publikums?

Dresden. (Die richtige Antwort.) Einer von denen, die eine gewisse Mitschuld tragen an unserem Valutaelend, erhielt hier die gebührende Antwort. Er wollte, wie dem „Pirnaer Anzeiger“ berichtet wird, Arbeiter, die einen Teil des Lohnes in Rentenmark der Handelskammer erhalten hatten, die Rentenmark zu Spekulationszwecken ablassen. Die Arbeiter gaben ihm keine Rentenmark, wohl aber bekam der Volksausbeuter die Käufe in so ausgedehntem Maße zu sparen, daß ihm für einige Zeit die Neigung vergangen sein wird, sich auf Kosten des Volkes im Nichtstun zu bereichern. Wenn jedem, der sich in dieser Weise am Volke veründigt, so gedient würde, wäre vielleicht manches nicht so arg, wie es leider gekommen ist.

Dresden. (Der Brotpreis) ist hier auf 110 Milliarden für 1 Sorte und auf 100 Milliarden für 2. Sorte ermäßigt worden.

slk. Dresden, 14. Nov. (Eine deutsch-volksparteiliche Anfrage.) Abg. Fr. Dr. Hertwig (Dp.) hat folgende Anfrage im Landtage eingebracht: Dem Vernehmen nach wird hier in Bearbeitung befindliche Referentenentwurf, die Reform der höheren Schulen betreffend, bald fertiggestellt sein. Die an der Schulreform interessierten Kreise erwarten, daß ihnen Gelegenheit gegeben wird, sich gutachtlich zu dem Entwurfe zu äußern, ehe er an den Landtag geht. Die zuständige Stelle würde der Landesschulrat sein. Da dieser aber noch nicht besteht, halten wir es für

bringend notwendig, daß ein Ausschuß aus Vertretern der Bezirkschaft der höheren Schulen, der Eltern und anderer an der höheren Schule interessierter Berufsorganisationen gebildet wird, um zu den geplanten Maßnahmen Stellung zu nehmen. Ist die Regierung bereit, einen solchen Ausschuß zu bilden und einzuberufen, noch ehe der Gesetzentwurf im Gesamtministerium beraten wird?

isd. Radeberg, 14. November. (Großer Einbruchsdiebstahl.) In der Nacht zum Sonntag wurde in einem hiesigen Schneiderngeschäft ein Einbruchsdiebstahl verübt, bei dem den Dieben v. a. zwei Ballen Mantelknaufstoffe, vier Ballen Anzugstoffe sowie verschiedene Anzüge in die Hände fielen.

isd. Schirgiswalde, 14. Nov. (Sächsischer Zentrumsparteitag.) Am Sonntag wurde hier ein außerordentlicher Parteitag der sächsischen Zentrumspartei abgehalten. Aus dem Referat des bisherigen Landesvorsitzenden Heßlein ließ sich erkennen, daß der gesamte Vorstand der Partei nicht länger im Amte bleiben wolle, weil er sich nicht mehr im vollen Besitze des Vertrauens der Parteimitglieder glaubte. Nach dem Referat erklärten der Landesvorsitzende Bürgermeister Heßlein und der gesamte geschäftsführende Ausschuß, daß sie gewillt seien, von der Parteileitung zurückzutreten. Bei der Neuwahl wurde Fabrikant Janisch zum Landesvorsitzenden gewählt, in den geschäftsführenden Ausschuß: Dr. Soppa-Schirgiswalde, Knappe jun. Wangen, Dr. Albert-Dresden, Lehrer Straube-Dresden, Lehrer Rolke-Dresden, Lehrer Günther-Deutersdorf, Heibuschla-Dresden und Gewerkschaftssekretär Nowak-Beipzig.

Moritzburg. (Einbruch.) Das zum Schloß gehörige, im Staatsforstrevier liegende, sogenannte Höllenhaus wurde von Dieben erbrochen. Die an Türen, Schränken usw. befindlichen Messinghändler und dergl. wurden gestohlen.

isd. Nannhof, 14. November. (Ungeheuzte Schulzimmer.) In den hiesigen Schulen muß bis auf weiteres der Unterricht ausfallen, da die Zimmer nicht mehr geheizt werden können. Jeden Morgen holen sich die Schulkinder die Schulaufgaben für den kommenden Tag. Nur ein durch Ofen heizbares Zimmer wird planmäßig ausgenützt.

isd. Beipzig, 14. Nov. (Massendiebstahl auf einem Gute.) Unter den Felddiebstählen der letzten Zeit hatte besonders das Bösniger Gut zu leiden. Der Pächter hat allein von der Kartoffelernte 300 Zentner eingebüßt. Die Diebe marschierten in großer Zahl direkt hinter der Kartoffelmaschine und sackten die Kartoffeln ein. Künstlichen Dünger stahl man am hellen Tage, während die Arbeiter mit dem Ausstreuen beschäftigt waren, zentnerweise von den Feldern. Der Flurschütze war seines Lebens nicht mehr sicher. Die Diebe hatten einen gutfunktionierenden Kuspasdienst eingerichtet. Erst vor wenigen Tagen mußte sich der Inspektor, der drei junge Burken mit fünf Zentnern gestohlener Rüben erwischt und sie festnehmen wollte, schwere Mißhandlungen gefallen lassen. Nunmehr hat die Polizei eingegriffen. Die drei Burken waren erkannt worden, das gestohlene Gut fand man in einem Schrebergarten. Ein größeres Polizeiaufgebot nahm darauf eine Razzia in der Gartenkolonie vor. Reichliche Mengen von Kartoffeln und Rüben und Stroh konnten beschlagnahmt werden. In einer Saube waren nicht weniger als 19 Ballen Stroh untergebracht, die alle vom Bösniger Gut gestohlen waren. Die Gartenbesitzer gaben die Diebstähle an.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

Berlin, 13. November. (Dr. Schacht zum Währungs-Kommissar ernannt.) Zum Währungs-Kommissar ist der Direktor der Darmstädter- und Nationalbank Dr. Schacht ernannt worden.

— (Entscheidung über das Rheinland.) Die Sorge um das Schicksal von Rhein- und Ruhrland steht jetzt mehr denn je obenan, und das muß so sein. Denn mehr als die Hälfte der Bevölkerung an Rhein und Ruhr ist der Arbeitslosigkeit anheimgefallen, dadurch und im Zusammenhang mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit im unbesetzten Deutschland und der katastrophalen Finanzlage des Reiches ein Problem für die Regierung entstanden, wie es in solchem Ausmaß wohl beispiellos ist. Nach dem Haager Bankrotabschlüssen ist diejenige Macht, die ein Gebiet besetzt hält, verpflichtet zur Sicherung und Versorgung dieses Gebietes. Frankreich aber lehnt es ab, das Wirtschaftsleben in der ökonomischen Herzammer Deutschlands wieder in Gang zu bringen, sodaß das Rhein- und Ruhrgebiet völliger Verelendung entgegen gehen würde, wenn nicht vom Reiche aus Hilfe kommt. Der unverkennbare Wille unseres Peinigers Poincaré ist, daß Deutschland sich an den Arbeitslosenunterstützungen verblute. Den nackten Hunger durch Almosen zu bannen, reicht aber nicht einmal aus; es muß für Arbeitsverdienst gesorgt werden, damit den Kollektiven nicht der innere Halt verloren geht. Nimmermehr können wir das und so teure Rhein- und Ruhrland seinem Schicksal überlassen. Hier ist die deutsche Frage, die unser Herz und Hirn jetzt zu bewegen hat. Welches wird das Ergebnis der Besprechungen in der Reichskanzlei an diese Frage sein?

Berlin, 14. November. (Reichstagszusammentritt am Dienstag.) Der Reichstagsrat des Reichstages trat entgegen den bisherigen Dispositionen auf Veranlassung mehrerer Parteien bereits heute zusammen und beschloß nach einstündiger Beratung, die Sitzung des Reichstages am Dienstag, den 20. November, nachmittags 1 Uhr stattfinden zu lassen. Auf die Tagesordnung wurden außer kleineren Verträgen mit auswärtigen Staaten die politische Aussprache gesetzt. Am Sonnabend, den 17. November, Vormittags wird der auswärtige Ausschuß tagen. Diese oder eine der späteren Sitzungen werden dann über

das Schicksal des Reichstages entscheiden. Im Augenblick ist es noch ungewiß, welche Partei ein Mißtrauensvotum einbringen wird. Doch herrscht innerhalb der Sozialdemokratie, der Deutschnationalen und auch bei einem großen Teile der Volkspartei eine so lebhaft

Mißstimmung gegen Stresemann, daß mit der Tatsache, daß ein Mißtrauensvotum eingebracht wird, unbedingt zu rechnen ist. Es würde dies allerdings nicht der Fall sein, wenn die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft sich bereitfinden könnte, einen Antrag einzubringen, in dem die Führung der Geschäfte durch den Kanzler gebilligt wird. In diesem Falle würde ein solcher Antrag das Signal zu der entscheidenden Abstimmung sein, die zeigen soll, ob der Kanzler sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützen kann oder nicht.

Da kaum damit zu rechnen ist, daß eine solche Mehrheit zustandekommt, dürfte sich die Auflösung des Reichstages schwer umgehen lassen.

Stresemann selbst hat durch seine Haltung, daß er den Zusammentritt des Reichstages möglichst lange noch verschieben wollte, zum Ausbruch gebracht, daß er dem Volke die Erregung, die aus einer Auflösung immerhin sich ergibt, gern erspart hätte. Dadurch, daß die Haltung der Fraktionen dies ihm unmöglich macht, bekommt er die Gelegenheit, das Parlament vollkommen auszuschalten und zunächst einmal unter Verzicht auf Neuwahlen für längere Zeit die Regierungsgeschäfte unabhängig von Parteistimmungen zu führen.

Die Auflösung des Reichstages würde jedenfalls den Beginn einer rein diktatorischen Regierung bedeuten.

Diese diktatorische Regierung, die in so ziemlich nahe Aussicht steht, verursacht heute schon dem sozialdemokratischen Zentralorgan, dem „Vorwärts“, schwere Bedenken. Er erklärt, der Gehalte, den Reichstag aufzulösen, ohne ihn innerhalb der verfassungsmäßigen Frist von 60 Tagen neu wählen zu lassen, sei verwerflich. Eine solche Auflösung wäre ein glatter Staatsstreich.

Durch die Reichstagsauflösung werde die Frage aufgeworfen, ob die deutsche Republik ohne und gegen die Sozialdemokratie regiert werden könne.

Rechtsbillatur und Anarchie oder Aufrichtung eines sozialistischen Staatswesens unter entscheidendem Einfluß der sozialdemokratischen Partei ist nach dem „Vorwärts“ jetzt die Hamletfrage, um die sich alles dreht. Der Fall Stresemann sei schließlich nur ein Zwischenpiel. Es ist aber gewiß, daß sich Stresemann an den Einspruch der Sozialdemokraten wenig lehnen wird.

Berlin, 14. November. (Sozialdemokratische Forderungen an die Reichsregierung.) Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tagte gestern vor- und nachmittags, um zu den aktuellen politischen Fragen Stellung zu nehmen. Ueber die Beschlüsse der Fraktion schreibt heute morgen der „Vorwärts“: Die Fraktion war einmütig der Auffassung, daß die passive Haltung der Reichsregierung im Konflikt mit Bayern die größte Gefahr für die Reichsregierung herausbeschwören müsse. In Anbetracht der verfassungswidrigen Zustände in Bayern müsse die Reichsregierung schleunigst zu durchgreifenden Maßnahmen greifen. In Bayern müsse in jeder Beziehung verfassungsmäßige Zustände geschaffen werden. Von Reichswegen müsse ein Strafverfahren gegen Lubendorf, Hitler und Konsorten, die des Hochverrats gegen das Reich schuldig seien, eingeleitet werden. Der Fraktionsvortragend beriet ferner über die Vorgänge an Rhein und Ruhr. Er beauftragte die Fraktionsvorsitzenden auf das schärfste Stellung zu nehmen, gegen die von der Reichsregierung schon in den nächsten Tagen beabsichtigte Einstellung der Zahlung der Erwerbslosen- und Sozialunterstützungen. Trotz der traurigen Finanzlage des Reiches müßten diese Unterstüzungen ebenso lange gezahlt werden, als wie irgend einen anderen Teil des Reiches. Ein gegenseitiges Vergehen treibe weite Bevölkerungsteile an Rhein und Ruhr geradezu in die Hände des Separatismus. Der Fraktionsvortragend beauftragte seine Unterhändler in der Parteiführerbesprechung, die für Dienstag vom Reichskanzler abgesagt worden war und deshalb auf die nächsten Tage verschoben worden ist, diese Gesichtspunkte mit aller Entschiedenheit zur Geltung zu bringen.